

Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>1.</p> <p>Welche Schulformen soll es in der Zukunft in NRW geben und welche Rolle kommt dem Gymnasium dabei zu?</p>	 <p>Wir brauchen in Zukunft gut funktionierende Gymnasien, Real-, Haupt-, Gesamt- und Förderschulen mit einer hohen Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Ein Wechsel zwischen den Schulformen muss entsprechend der Leistung und der kognitiven Fähigkeiten des einzelnen Schülers jederzeit möglich sein. Hierfür benötigen wir zwingend die genannten Schulformen in ausreichender Anzahl und Qualität. Den Gymnasien kommt dabei die Aufgabe zu, in einem durchgehenden Bildungsgang eine vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln, die zur Studierfähigkeit führt.</p>		
		 <p>Bündnis 90/ Die Grünen</p>	
<p>Wir schätzen und erhalten das mehrgliedrige Schulsystem. Wir stehen für die Vielfalt der Schulformen, die allen Schülerinnen und Schülern individuelle Förderung ermöglicht. Wir sichern hohe Leistungsstandards und gerechte Bildungschancen an allen Schulformen. Jede Schülerin und jeder Schüler soll die bestmögliche Schullaufbahn für sich selbst wählen und mit unterschiedlichen Abschluss- und Anschlussmöglichkeiten selbst gestalten können. Noch bestehende Ungleichbehandlungen der Schulformen wollen wir beenden und eine hohe Durchlässigkeit gewährleisten. Ideologische Schulstrukturdebatten um die Zukunft einzelner Schulformen lehnen wir ab. Schulen sollen darüber hinaus ihre eigenen Profile schärfen können, weil wir daran glauben, dass viele Entscheidungen am besten vor Ort getroffen werden.</p>	<p>Wir wollen jedes Talent entdecken und fördern. Jede Schülerin und jeder Schüler ist verschieden – in Begabungen, Interessen und Kompetenzen. Daher halten wir an dem gegliederten und bewährten Schulsystem fest. Es sichert Wahlfreiheit und Schulvielfalt. Mit einer vielfältigen Schullandschaft ist es zudem möglich, auf die individuellen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern am besten zu reagieren und die Lern- und Persönlichkeitsentwicklung sowie Talentförderung können am besten begleitet werden.</p> <p>Wir sind überzeugt, dass Schule die individuelle Entwicklung von Schülerinnen und Schüler so gut wie möglich berücksichtigen muss. Die entscheidenden Stichworte sind Durchlässigkeit und die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen.</p> <p>Das Gymnasium ist die zentrale Schulform, die das Abitur vergibt und Schülerinnen und Schüler studierfähig macht. Die Schulformen, die zu Ersten und Mittleren Schulabschlüssen führen, wollen wir ebenso stärken.</p>	<p>Mit dem Schulkonsens 2011 und der Bildungskonferenz haben wir die Grundlage für die Schulentwicklung gelegt, gemeinsame und schulformübergreifend Ziele beschlossen: „Stärkung der Bildungsgerechtigkeit, Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Schulsystems, Sicherung eines wohnortnahen Schulangebotes.“ An diesen Zielen und Aufgaben für alle Schulformen halten wir fest.</p> <p>Die deutliche Abnahme von Haupt- und Realschulen in den letzten Jahren entspricht dem Wahlverhalten der Eltern. Das Gymnasium erfreut sich als Schulform einer unveränderten Wertschätzung.</p>	<p>Der Schulkonsens garantiert den Fortbestand aller derzeitigen Schulformen und wir bekennen uns dazu.</p> <p>Gleichzeitig ist das Schulsystem unübersichtlich und es erschwert so alltägliche Dinge wie einen Umzug mit schulpflichtigen Kindern. Die Schullandschaft unterscheidet sich von Kommune zu Kommune enorm. Langfristig muss das System deshalb reformiert werden. Wir werden einen Diskussionsprozess über die Rolle der Schule im 21. Jahrhundert beginnen. In einer solchen Bildungskommission möchten wir mit allen gesellschaftlichen Gruppen, über Parteigrenzen hinweg und abseits der Tagespolitik einen Konsens erarbeiten. Vorbild dafür soll die Bildungskommission sein, die Ministerpräsident Johannes Rau im Jahr 1992 eingesetzt hat.</p>

Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>2.</p> <p>Wie werden Sie die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen sicherstellen und fördern?</p>	 <p>Die Durchlässigkeit des Bildungssystems und damit das Angebot optimaler Entwicklungschancen für jeden Schüler ist nur dann sichergestellt, wenn die Schulformen Gymnasium, Real- und Hauptschule vor Ort in hoher Qualität und ausreichender Anzahl angeboten werden. Damit die Frage nach einem Schulformwechsel im Besonderen von Stufe 6 zu 7 und Stufe 9 zu 10 zuverlässig beantwortet werden kann, sollten aus unserer Sicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Klassenlehrerkonferenzen eine laufende Entwicklungsüberprüfung der Schüler gewährleisten; - fakultative Aufnahmetests für Schüler, die in die höhere Schulform wechseln möchten, angeboten werden; - unabhängige Instanzen im Falle differierender Einschätzungen beim Wunsch nach einem Schulformwechsel zur Verfügung stehen. 		
		 <p>Bündnis 90/ Die Grünen</p>	
<p>Uns ist es sehr wichtig, in unserem vielfältigen Schulsystem an allen Schulen hohe Leistungsstandards zu sichern, damit Schülerinnen und Schüler aller Bildungsgänge gerechte Bildungschancen erhalten. Wir wollen die mittleren Schulabschlüsse stärken und deren Absolventinnen und Absolventen bestmöglich auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten. Haupt-, Real- und Sekundarschulen werden wir mit einer Qualitäts-offensive und einem Sonderinvestitionsprogramm stärken. Auch die Abschlüsse der höheren Berufsbildung wollen wir stärker in den Fokus nehmen und gezielt auf eine Gleichwertigkeit der hier zu erwerbenden Abschlüsse zu Abschlüssen an Universitäten und Hochschulen hinwirken. Um die Vergleichbarkeit und Qualität der Schulabschlüsse zu sichern, setzen wir uns für ein in den Kern- und Hauptfächern bundeseinheitlich ausgerichtetes und vergleichbares Abitur sowie länderübergreifend für eine größtmögliche Vergleichbarkeit bei der Qualität der Bildungsabschlüsse ein.</p>	<p>In der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsträgern liegt eine der Stärken unseres differenzierten Bildungssystems. In der Schulkarriere darf es keine Sackgassen geben. Wir wollen eine höhere Durchlässigkeit zwischen allen Schulformen unseres Schulsystems. Hierzu werden wir eine Neuregelung der Übergänge zwischen den Schulformen prüfen. Auf die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler muss reagiert werden können, um eine adäquate Förderung an der geeigneten Schulform zu ermöglichen und zu dem entsprechenden Bildungsabschluss führen zu können.</p>	<p>Durch die Umstellung auf den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ist die Durchlässigkeit, die zurzeit von G8 eingeschränkt war, wieder erleichtert. Die Umstellung an den Gymnasien zurück zum G9 unterstützt in diesem Sinne auch die individuelle Förderung und Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen.</p>	<p>Damit die Durchlässigkeit zwischen Bildungsgängen während der Sekundarstufe I gegeben ist, werden wir die Personalausstattung verbessern. Wir bringen mehr Lehrpersonal und multiprofessionelle Teams z.B. aus der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie an die Schulen und werden mehr Potentialanalysen betreiben. Schüler:innen, die zwischen Bildungsgängen wechseln, werden wir besser beraten und fördern.</p> <p>Der Aufstieg von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe muss bestmöglich unterstützt werden. Eventuelle Lernrückstände – insbesondere im Zuge der Pandemie – werden wir auffangen. Das fachmethodische Arbeiten werden wir durch kleinere Lerngruppen verbessern, damit der Übergang von der Einführungs- in die Qualifikationsphase gelingt.</p>




Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>3.</p> <p>Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Lehrermangel, insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern (MINT), entgegen zu wirken und den für die Gesellschaft so wichtigen Beruf attraktiver zu machen?</p>	 <ul style="list-style-type: none"> - Lehramtsstudiengänge müssen attraktiver gestaltet werden. Denkbar wäre z. B. die Vergabe von Stipendien an für den Lehrerberuf besonders geeignete Studenten. Zudem braucht es eine breitere Zugangsmöglichkeiten zu Studienplätzen, um in Zukunft mehr Lehrer ausbilden zu können. - Die Begeisterung für die MINT-Fächer muss über die gesamte Schulzeit hinweg geweckt und die Vermittlung der fachlichen Inhalte auf einem hohen Niveau in allen Jahrgängen sichergestellt werden. - Der Quereinstieg in den Lehramtsberuf muss erleichtert, jedoch zwingend mit paralleler pädagogischer und unterrichtsfachlicher Zusatzqualifizierung begleitet werden. - Die Lehrtätigkeit im laufenden Schulbetrieb muss attraktiver werden. Dies kann bspw. durch eine bessere Ausstattung der Schulen, eine Reduktion der Klassenstärken und eine Entlastung pädagogischer Kräfte von administrativen Aufgaben erfolgen. - Zusätzliche Stellen in multiprofessionellen Teams müssen an allen Schulen zur Unterstützung des Lehrpersonals geschaffen werden. 		
		 <p>Bündnis 90/ Die Grünen</p>	
<p>Wir wollen den Lehrkräftemangel kurz-, mittel- und langfristig und vor allem kreativ bekämpfen. Dafür wollen wir die Studienplätze für Mangelfächer an bestehenden und neu zu gewinnenden Studienorten ausbauen. Wir wollen aber auch die Lehrerausbildung und den Beruf attraktiver machen. Zum Beispiel wollen wir durch mehr Praxisphasen im Lehramtsstudium die Freude am Unterrichten früh entfachen und MINT-Studierende resilienter gegen Abwerbeversuche aus der Wirtschaft machen. Auch die Stärkung der MINT-Fächer in der eigenen Schullaufbahn wird uns helfen: Wer sich für den Beruf als Lehrkraft entscheiden will, den/die wollen wir durch eine frühzeitige und kontinuierliche Begeisterung auch verstärkt für MINT-Lehrämter gewinnen. Wir wollen zudem den Seiteneinstieg ins Lehramt vereinfachen.</p>	<p>Bereits heute unterrichten rund 10.000 Lehrkräfte mehr an den Schulen als noch 2017. Hinzu kommen rund 3.300 pädagogische Fachkräfte. Um den Lehrermangel weiter anzugehen, werden wir in den kommenden fünf Jahren erneut 10.000 zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Wir wollen den Unterricht in den MINT-Bereichen stärken und das Schulfach Informatik zum Abiturfach machen. Um den Lehrermangel, insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern, anzugehen, wollen wir mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden und Quer- und Seiteneinsteigern die Qualifizierung erleichtern, um die MINT Lehrkräfteversorgung sicherzustellen. Wir werden MINT-Bildungsstandards für den Sachunterricht definieren und umzusetzen.</p>	<p>Der Lehrerberuf ist zu wenig attraktiv, um mit Angeboten in der freien Wirtschaft mithalten zu können. Das gilt insbesondere für MINT-Studiengänge. Deshalb ist die Attraktivierung ein wichtiges Ziel. Dazu gehören eine Überprüfung der Lehrerarbeitszeit inklusive einer Senkung des Stundendeputats. Das wird aber nur schrittweise geschehen können. Zur Verbesserung der Attraktivierung gehört auch eine spürbare Entlastung durch multiprofessionelles Personal (Schulsozialarbeit, -verwaltungsassistenten, IT-Administration). Neben einer Ausweitung der Studienkapazitäten der grundständigen Lehrerausbildung wollen wir auch die zahlreichen Hürden beim Seiten-/Quereinstieg senken, verbunden mit besseren Möglichkeiten der Qualifizierung.</p>	<p>Die Studierenden, die sich für ein Lehramtsstudium entschieden haben, müssen stärker dabei unterstützt werden, dieses Studium auch erfolgreich abzuschließen. Dazu sind bessere Studienbedingungen und eine verbesserte Beratung während des Studiums unerlässlich. Durch Coaching und Monitoring wollen wir die Abbruchquote senken. Bereits beim Studienangebot werden wir außerdem gezielt die Kooperationen der Universitäten mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAWs) ausbauen und stärken. Kurz- und mittelfristig müssen wir auch Seiten- und Quereinsteiger für den Unterricht in MINT-Fächern gewinnen. Hierzu werden wir qualifizierte Vorbereitungs- und Begleitprogramme entwickeln und den Quereinstieg über die OBAS attraktiveren.</p>

Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>4.</p> <p>Werden Sie sich für die Einführung einer „zieldifferente Inklusion“ an Gymnasien aussprechen und wenn ja, unter welchen konkreten Voraussetzungen ist für Sie eine „zieldifferente Inklusion“ an Gymnasien auch unter Berücksichtigung des bestehenden Mangels an Lehrern und Sonderpädagogen möglich?</p>	 <p>An Gymnasien sollte es grundsätzlich nur zielgleiche Inklusion geben. Es ist nicht sinnvoll, nicht-gymnasiale Bildungsgänge (siehe die neu eingerichteten und an den Hauptschulcurricula ausgerichteten Lehrpläne für Förderschüler) an Gymnasien zu unterrichten. Dies gilt für sämtliche anderen Schulformen, die sich auf einen konkreten Bildungsgang beschränken. Allenfalls in Ausnahmefällen und nur dort, wo aufgrund ausreichender personeller und sächlicher Ressourcen Förderbildungsgänge zuverlässig und schülergerecht parallel unterrichtet werden können, kann zieldifferente Inklusion mit ihren besonderen Anforderungen durchgeführt werden. Denn nicht nur für die Regelschüler, auch und im Besonderen für Schüler mit zieldifferentem Förderbedarf müssen eine optimale Förderung und eine soziale Teilhabe gewährleistet sein.</p>		
		 <p>Bündnis 90/ Die Grünen</p>	
<p>Gelingende Inklusion ist zentral für eine gerechte und offene Gesellschaft. Daher haben wir die so wichtige Neuausrichtung der Inklusion vorangetrieben und vorhandene Mittel und Ressourcen gebündelt. Sonderpädagogische Förderung soll an den Gymnasien weiterhin in der Regel zielgleich erfolgen. Entscheidet sich die Schulkonferenz freiwillig auch zieldifferentes Lernen anzubieten, müssen hierzu neben einem geeigneten Konzept auch zusätzliche Stellen zur Verfügung stehen. Es ist uns ein großes Anliegen, beide Systeme, das Gemeinsame Lernen an unseren Regelschulen ebenso wie unsere Förderschulen, gleichberechtigt zu unterstützen. Beide Systeme wollen wir mit ausreichendem Personal, Sachausstattung und Qualitätsstandards für inklusive Bildung stärken. Die Ausbildung und Gewinnung von zusätzlichem multiprofessionellem Fachpersonal stärkt die Unterstützungsleistung im Gemeinsamen Lernen. Erweiterte Fortbildungsformate sind ein Schlüssel, um das Gemeinsamen Lernen nachhaltig qualitativ zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen. Wechselmöglichkeiten zwischen der Förderschule und dem gemeinsamen Lernen in beide Richtungen sollen für Schülerinnen und Schüler verbessert werden.</p>	<p>Inklusion stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Sie ist unteilbar und umfasst im Bildungssystem Nordrhein-Westfalens alle Schulformen. Das Gymnasium stellt sich dieser Herausforderung. An den Gymnasien erfolgt die sonderpädagogische Förderung in Zukunft in der Regel zielgleich. Diese Methode hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Wir sprechen uns daher für eine Beibehaltung aus.</p>	<p>Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen, Gemeinsames Lernen ist eine Bereicherung für alle. Wir werden deshalb alles tun, bei den besonderen Herausforderungen finanziell und personell zu unterstützen, etwa durch fest installierte multiprofessionelle Teams, Sonderpädagog*innen und Fortbildungen wie auch über Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung in den Gebäuden sowie Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene. Vor 2017 haben eine Reihe von Gymnasien zieldifferente Inklusion praktiziert. Deshalb wissen wir: Das funktioniert. Aber wir wissen auch: Dafür braucht es – wie an anderen Schulformen – eine entsprechende personelle Ressource: an Lehrkräften, Sonderpädagog*innen und weiterem multiprofessionellen Personal. Ansonsten sind Schulen wie die Inklusionsschüler*innen überfordert.</p> <p>Gymnasien haben sehr wohl gezeigt, dass auch sie erfolgreich zieldifferent arbeiten können. So erhielt das Geschwister Scholl-Gymnasium in Pulheim den Jakob Muth-Preis. Wir wollen die inklusive Schulentwicklung unterstützen. Die Lerngruppengröße im Gemeinsamen Lernen muss abgesenkt und verbindlich begrenzt werden. Auch Förderschulen sollen sich öffnen können und inklusive Schulen werden, wie es z. B. die Waldhofschule Templin gezeigt hat.</p>	<p>Die gesellschaftliche Teilhabe Aller ist für uns Selbstverständnis wie Auftrag. Das Schulgesetz sieht vor, dass sonderpädagogische Förderung in der Regel an der allgemeinen Schule stattfindet. Dazu stehen wir. Wir wollen die Förderbedingungen für alle Kinder verbessern und deshalb pädagogische Zentren in den Regelschulen einrichten. Die Personalausstattung muss besser werden und Multiprofessionalität und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe muss an allen Schulen der Normalfall sein.</p> <p>Die Zahlen der Schüler:innen mit Förderbedarf sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Es ist wichtig, diese Kinder in einem inklusiven Schulsystem zu unterrichten.</p>






Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>5.</p> <p>Welche Pläne haben Sie zur Konzeptionierung digitaler Bildungsinhalte und -methoden bezogen auf den Fachunterricht unter Berücksichtigung der dann notwendigen Aus- und Fortbildung von Lehrkräften?</p>	 <p>Lehren ist Beziehungsarbeit, der persönliche Austausch muss an erster Stelle stehen. Begleitet durch diesen persönlichen Austausch muss digitales Lehren und Lernen als fester Bestandteil aller Schulfächer in allen Schulen etabliert und gestärkt werden. Hierzu ist eine systematische, verpflichtende Lehrkräfteaus- und -fortbildung erforderlich. Zudem müssen digitale Bildungsinhalte und -methoden unter Begleitung durch ein wissenschaftlich angebundenes Kompetenzzentrum methodisch entwickelt werden.</p>		
		 <p>Bündnis 90/ Die Grünen</p>	
<p>Das digitale Lehren und Lernen müssen wir als feste Bestandteile aller Schulen und Schulfächer etablieren und stärken. Dazu wollen wir die Lehrkräfteaus- und -fortbildung so aufstellen, dass digitale Unterrichtskonzepte fachbezogen und unter pädagogischen Gesichtspunkten modern und nachhaltig gestaltet und angewandt werden können. Zur Unterstützung eines nachhaltigen Digitalisierungsprozesses schaffen wir ein nordrhein-westfälisches Kompetenzzentrum für Lehren und Lernen in der digitalen Welt. Dieses wissenschaftlich angebundene Kompetenzzentrum soll sich unter anderem mit der Konzeptionierung digitaler Bildungsinhalte und -methoden befassen und Expertise für Fragen zu pädagogischen sowie technischen Konzepten zur Verfügung stellen.</p>	<p>Wir werden den Schulunterricht durch digitale Lernmethoden ergänzen, nicht ersetzen. Digitale Formate alleine reichen nicht aus. Unser Ziel bleibt, dass alle Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit die Grundfähigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen. Wir werden das Lernen mit digitalen Endgeräten im regulären Präsenzunterricht weiter ausbauen. Daher werden wir jedem Kind ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen. Hier kommt es vor allem auf die Fachdidaktiken an, denn nur ein gezieltes pädagogisches und fachspezifisches Einsetzen erzielt den gewünschten Lernerfolg. Wir werden die Lehrpläne überarbeiten, damit digitale Kenntnisse immer mit Medienkompetenz gekoppelt werden. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer dazu befähigen, die Potenziale der Digitalisierung im Unterricht voll auszuschöpfen. Dazu werden wir die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte ausbauen. Sie sind der Schlüssel für mehr Qualifikation. Wir starten eine Offensive zur digitalen Fortbildung.</p>	<p>Das Lernen in der digitalen Welt ist eine Herausforderung und Chance für jedes Unterrichtsfach und ist nicht mit dem Pflichtfach Informatik erledigt. Dafür braucht es eine Veränderung in der Lehrerausbildung insbesondere in der Fachdidaktik sowie eine systematische Fortbildung, die auch Praxisphasen beinhaltet.</p>	<p>Digitalunterricht muss in Zukunft mehr sein als nur eine Notlösung. Bereits vor der Pandemie gab es Schulen mit ausgefeilten Digitalkonzepten. Diese Schulen sind wesentlich besser durch die Pandemie gekommen und von ihnen können wir lernen. Wir werden dafür sorgen, dass solche best-practise-Beispiele bekanntgemacht werden.</p> <p>Wir werden eine Fort- und Weiterbildungs-offensive starten und die Fortbildungskapazitäten damit deutlich ausweiten. Digitaler Unterricht kann nur dann gut funktionieren, wenn auch die Lehrkräfte inhaltlich, technisch und methodisch auf dem Stand der Dinge sind. Es muss selbstverständlich sein, dass sie sich regelmäßig fortbilden. Für uns ist klar: Fortbildungszeit ist Arbeitszeit.</p>

Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>6.</p> <p>Wie werden Sie die Versorgung der Schüler mit digitalen Endgeräten und deren Finanzierung gestalten?</p>	 <p>Teil der schulischen Bildung im 21. Jahrhundert ist der Erwerb digitaler Kompetenzen. Digitale Endgeräte müssen deshalb jedem Schüler für die schulische Nutzung zur Verfügung stehen und müssen zwingend durch die öffentliche Hand finanziert werden. Der Erwerb dieser Kompetenzen darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängen.</p>		
		 <p>Bündnis 90/ Die Grünen</p>	
<p>Für die Weiterentwicklung der digitalen Bildung an unseren Schulen ist es elementar wichtig, dass sowohl Hardware als auch Software und eine stabile Infrastruktur zuverlässig zur Verfügung stehen. Das müssen wir zusammen mit den Schulträgern gewährleisten. Das Sofortausstattungsprogramm für Schülerinnen und Schüler, die sich kein eigenes Endgerät leisten können, war ein wichtiger Schritt. Unser Ziel ist es aber, dass allen Schülerinnen und Schüler zukünftig ein digitales Endgerät zur Verfügung steht. Bei der Anschaffung des digitalen Lernmittels setzen wir auf einen moderaten Eigenanteil der Familien. Schülerinnen und Schüler, die sich bisher kein digitales Endgerät leisten konnten, sollen auch weiterhin von einer Zuzahlung befreit sein. Bezüglich der Wartung der Geräte wollen wir außerdem die Schulträger dabei unterstützen, sogenannte „Digitale Hausmeister“ in den Schulen einzusetzen. Sie sind enorm wichtig, damit sich Lehrkräfte auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können.</p>	<p>Wir werden das Lernen mit digitalen Endgeräten im regulären Präsenzunterricht weiter ausbauen und jedem Kind ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen. Hier kommt es vor allem auf die Fachdidaktiken an, denn nur ein gezieltes pädagogisches und fachspezifisches Einsetzen erzielt den gewünschten Lernerfolg. Wir wollen eine Digital-Pauschale einführen, damit Schulträger strukturell bei Endgeräten, digitalen Schul-Infrastrukturen und deren Betrieb unterstützt werden. Wir unterstützen die Schulträger bereits mit 105 Millionen Euro bei der Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen dienstlichen Endgeräten. Beschafft sind aktuell bereits knapp 207.000 Endgeräte. Auch 700.000 bedürftige Schülerinnen und Schüler haben wir bereits mit digitalen Endgeräten ausgestattet.</p>	<p>Wir haben den wissenschaftlichen Dienst des Landtags beauftragt, diese Frage rechtlich zu klären. Das Gutachten kam zu der Einschätzung, dass das 16. Schulrechtsänderungsgesetz, das im Februar 2022 verabschiedet wurde, verfassungsrechtlich zu beanstanden sei, weil diese Frage nicht geklärt wird.</p> <p>https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI17-355.pdf</p> <p>Nach unserer Überzeugung muss die Lernmittelfreiheit explizit auf die digitale Ausstattung ausgeweitet sein und die digitale Teilhabe aller Kinder gewährleistet sein. Das ist im Rahmen der notwendigen Gespräche über die Neuordnung der Aufgabenverteilung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten zu klären. Nur so ist sichergestellt, dass die digitale Teilhabe und die damit verbundenen Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.</p>	<p>Bildung – auch digitale Bildung – muss kostenfrei sein. Deshalb muss auch die digitale Ausstattung der Schulen vom Land finanziert werden. Digitale Endgeräte sind Lernmittel und müssen auch rechtlich als solche behandelt werden. Wir finden, dass sie unter die Lernmittelfreiheit fallen müssen.</p> <p>Alle Schüler:innen müssen die technischen Voraussetzungen haben, um ihre Medienkompetenz gemäß Medienkompetenzrahmen zu erwerben. Um die Lernwirksamkeit der digitalen Endgeräte zu gewährleisten, werden wir zudem eine bessere digitale Infrastruktur aufbauen.</p> <p>Insgesamt wollen wir die Finanz- und Verantwortungsbeziehungen zwischen Schulen, Kommunen, Land und Bund neu regeln. Ein solcher New Deal garantiert eine auskömmliche Finanzierung auch der Digitalausstattung. Hiervon profitieren Schüler:innen und auch Lehrkräfte.</p>

Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>7.</p> <p>Welche Ziele sollte das Land NRW mit LOGINEO verfolgen vor dem Hintergrund der noch existierenden Dreiteilung des LOGINEO-Systems?</p>	 <p>Das System LOGINEO muss kritisch hinterfragt werden. Die aktuellen Anwendungen sind nicht ausreichend an den Bedarfen der Schulen und der Schüler ausgerichtet. Entweder sollte LOGINEO mit so viel Energie weiterentwickelt werden, dass alle Schulen die Anwendung sinnvoll nutzen können, oder die Entwicklung sollte eingestellt und eine oder mehrere Lösungen vom Markt beschafft werden.</p>		
			
<p>Das Programm LOGINEO NRW wurde von unserer Schulministerin in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich von Grund auf neu aufgesetzt. Das rechtssichere und datenschutzkonforme Tool bietet heute für die Schulen umfassende Möglichkeiten von der Schulplattform zum Austausch von Daten und Lerninhalten über ein digitales Lernmanagementsystem bis zur Kommunikation per Messenger und Videokonferenz. Ein Großteil der Schulen in NRW greift bereits auf das System zurück. Immer neue Anwendungen und Innovationen stellen auch neue Anforderungen an die Systeme, die in der Schule zum Einsatz kommen. Wir sollten daher bei LOGINEO NRW auf dem sehr guten Fundament aufbauen und es in Zukunft immer wieder bedarfsgerecht und innovativ weiterentwickeln.</p>	<p>Wir haben LOGINEO zum Laufen gebracht und den Schulen so eine kostenlose Plattform für Datenaustausch, Chat- und Videokonferenzen zur Verfügung gestellt. Auch in Zukunft werden wir daran arbeiten, digitale Lehr- und Lernangebote weiter auszubauen, um ein zeitgemäßes Angebot zu schaffen, das den analogen Unterricht ergänzt.</p>	<p>Schulen sollen ein verlässliches Angebot für die verschiedenen Dienste und Anwendungen erhalten, bei dem der Datenschutz gemäß DSGVO geregelt ist. In der Notsituation der Pandemie wurde zu Programmpaketen und Lernplattformen gegriffen, die gut funktionieren, aber sehr problematisch mit Blick auf die DSGVO sind. Datenschutzbeauftragte anderer Bundesländer haben sie deshalb z. T. untersagt. In Thüringen wurde das erste Mal eine Whitelist erstellt. Derzeit wird die Verantwortung besonders bei den Schulleitungen abgeladen, die mit den komplexen Fragestellungen i.d.R. überfordert sind. Das Ministerium muss die grundsätzliche Datenschutzkonformität gewährleisten. LOGINEO als „NRW“-Lösung ist in der Funktionalität noch nicht weit genug entwickelt. Hier muss mit Programmen bzw. Schnittstellen nachgebessert werden.</p>	<p>Die Kritik von Lehrkräften und Experten macht klar: LOGINEO muss überarbeitet werden. In Zeiten der digitalen Transformation ist eine Lernplattform für zeitgemäßes Lehren und Lernen unabdingbar. Alle Anwendungsbereiche müssen hierbei funktional miteinander verzahnt sein.</p> <p>Die dreigliedrige Struktur von LOGINEO stellt viele Lehrkräfte bei der Arbeit mit LOGINEO vor Herausforderungen, da sie als dysfunktional und optimierbar erachtet wird. Aber die größte Schwäche der Lernplattform LOGINEO NRW besteht unseres Erachtens darin, dass sie nicht für den Zugriff von Schüler:innen vorgesehen ist. Schüler:innen müssen in didaktisch methodische Unterrichtsszenarien aber digital eingebunden und nicht nur verwaltet werden.</p>

Wahlprüfsteine NRW Landtagswahl 2022

<p>8.</p> <p>Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Schulsozialarbeit und Schulpsychologie an allen Schulen, ggf. nach Schulformen untergliedert, aufzubauen und die hierdurch entstehenden Zusatzkosten langfristig zu sichern?</p>	 <ul style="list-style-type: none"> - Schulsozialarbeit und schulpsychologische Betreuung sollten flächendeckend für alle Schulformen ausgebaut und mit Stellen aus dem Landeshaushalt fest an allen Schulen verankert werden. Die Schulträger müssen von dieser Aufgabe entlastet werden. - Familienzentren sollten analog zu den Familienzentren der Grundschulen mit einem außerschulischen Angebot für die Sekundarstufe I geschaffen werden. - Themen wie Sozialkompetenz, Selbstwert und Selbstkonzept müssen Bestandteil der Weiterbildung des Lehrpersonals sein und sollten den Schülerinnen und Schülern z. B. in Projektwochen und Sozialtrainings vermittelt werden. - Psychologie sollte als fester Bestandteil in die Kernlehrpläne aufgenommen werden. 		
			
<p>In den letzten Jahren haben wir die multiprofessionellen Teams an allen Schulformen gestärkt und weiter ausgebaut. Gleichzeitig haben wir die so wichtige Schulsozialarbeit dauerhaft gesichert und weitere Stellen für Schulpsychologie geschaffen. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wollen wir weiter ausbauen und mit Stellen im Landeshaushalt absichern und steuern.</p> <p>Wir wollen weiterhin multiprofessionelle Teams fest an Schulen verankern. Die Stellen sollen auch weiterhin verstärkt unter Anwendung des schulscharfen Sozialindex erfolgen. Damit die Arbeit in unseren Schulen für die Beschäftigten in multiprofessionellen Teams noch attraktiver wird, wollen wir für diese Beschäftigten Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen.</p>	<p>Wir sehen den steigenden Bedarf an Personal für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass in diesen Bereichen Unterstützung benötigt wird, um Schülerinnen und Schülern bedarfsgerechte Betreuung und Begleitung bieten zu können. Um für entsprechende Entlastungen zu sorgen, werden wir den Einsatz von multiprofessionellen Teams weiter ausbauen. Unser Ziel bleibt, dass sich Lehrkräfte auf das konzentrieren sollen, wofür sie ausgebildet wurden: auf guten Unterricht. Dafür haben wir die Lehrkräfte mit Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten entlastet, Lehrpläne zur Stärkung der Fachlichkeit überarbeitet und die Finanzierung der Schulsozialarbeit dauerhaft gesichert.</p>	<p>Wir brauchen eine Neuregelung der finanziellen Verantwortung zwischen Bund, Land und Schulträgern. Der Bund hat angekündigt, dass er das Kooperationsverbot durch eine verstärkte Mitverantwortung des Bundes ersetzen will. So hatte sich der Bund einst aus der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit zurückgezogen. Die Kommunalen Spitzenverbände haben zu Recht angemahnt, dass die Verantwortung für nichtpädagogisches Personal nicht weiter bei den Schulträgern bleiben kann. Deshalb wollen wir die Landesmittel für diesen Bereich des multiprofessionellen Personals ausweiten. Eine Verteilung sollte sich aus unserer Sicht am Schulsozialindex orientieren und nicht nach Schulformen vorgenommen werden.</p>	<p>Derzeit gibt es mehrere Finanztöpfe, aus denen die Schulsozialarbeit finanziert wird. Das sorgt für Verwirrung, Unsicherheit und auch dafür, dass reiche Kommunen sich mehr Schulsozialarbeit leisten können.</p> <p>Durch ein neues, einheitliches Finanzierungsmodell werden wir für mehr Klarheit und Verlässlichkeit sorgen.</p> <p>Schulen brauchen klare Personalschlüssel und die Beschäftigten einen Tarifvertrag.</p> <p>Die Pandemie hat gezeigt, dass die Schulpsychologie bislang unterrepräsentiert ist. Sie ist nicht in ausreichendem Maße an den Schulen vertreten – gleichzeitig ist der Bedarf derzeit dringender denn je.</p> <p>Wir werden neue Stellen für die Schulpsychologie schaffen. Es ist wichtig, dass es Organisations- und Teamzeit für den Austausch zwischen den Professionen gibt. Hierfür werden wir sorgen.</p>